Abend-Ausgabe Nr. 457 Mittwoch, 28. September 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,96 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei Nebenmal wöchentlichem Erscheinen. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Versand nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Lieysch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1065 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise u. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (8 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Deutschland verlangt nichts Unmögliches

Unser Standpunkt zur gegenwärtigen Lage

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. September.

Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, daß Prag mit freundlicher Unterstützung gewisser ausländischer Blätter den Versuch macht, die von ihm bereits angenommene Abtretung des sudetendeutschen Gebietes zu verschleppen in der Hoffnung, sich dieser bereits übernommenen Verpflichtungen vielleicht endgültig entledigen zu können. So behauptet Prag, daß der tschechische Staat durch die Bedingungen des deutschen Memorandums seiner nationalen Existenz beraubt würde. Demgegenüber muß klar und eindeutig festgestellt werden, daß die Entscheidung darüber, welche Gebiete abgetreten werden müssen, durch eine freie und unbeeinflußte Abstimmung erfolgen wird, eine Abstimmung, für die das gewiß nicht zu Deutschlands Gunsten ersonnene Saarstatut maßgebend sein wird. Somit kann Deutschland gar nicht einseitige Entscheidungen treffen, und es ist auch deshalb ganz unsinnig, wenn die Prager Regierung und ihre Helfershelfer immer wieder behaupten, daß Deutschland den tschechischen Staat zertrümmern wolle. Die endgültige Entscheidung fällt, um es nochmals zu betonen, gar nicht Deutschland, sondern die abstimmende Bevölkerung und die internationale Grenzkommission, die nach der Abstimmung den Verlauf der Grenze festzulegen hat.

Sicherheitsmaßnahmen unerläßlich

Wenn Prag sich dagegen wehrt, daß die Besetzung am 1. Oktober erfolgen soll, und wenn auch ein Teil der ausländischen Presse das als Gewaltmaßnahme hinzustellen beliebt, so muß demgegenüber nochmals gesagt werden, daß es sich hier lediglich um eine Sicherheitsmaßnahme handelt zur Herbeiführung einer endgültigen schnellen und glatten Regelung. Eine solche schnelle Sicherheitsmaßnahme ist allerdings ganz unerläßlich angesichts des ungeheuren Terrors, den die Schergen des Herrn Benesch noch immer im sudetendeutschen Gebiet ausüben. Nichts charakterisiert diesen Terror besser als die Zahlen, nach denen bereits zweihundert Tote zu beklagen sind, nach denen rund 284 000 Flüchtlinge das Sudetenland verlassen haben, und nach denen über 1000 Verletzte allein in reichsdeutschen Krankenhäusern Aufnahme fanden. Deutschland ist jederzeit bereit, internationalen Kommissionen den Besuch der Flüchtlingslager zu ermöglichen, ihnen die Liste der Toten auszuliefern, sie in Krankenhäuser hineinzulassen, in denen die verletzten Opfer des Benesch-Terrors liegen, um so der Welt ein klares Bild über die „Ruhe und Ordnung" zu geben, die nach dem Prager Rundfunk im sudetendeutschen Gebiet herrscht. Aber auch die zahlreichen Meldungen über Sprengungen usw. zwingen uns zu einer schleunigen Sicherungsmaßnahme.

Wenn die Prag nahestehende Presse demgegenüber meint, daß man erst noch über gewisse Modalitäten verhandeln müsse, so hieße das nur, Prag die Möglichkeit zu geben, die Verhandlungen zu verschleppen und die Endregelung auf endlose Zeit zu verschieben. Auf das Gejammer darüber, daß mit der Abtretung des Sudetenlandes auch große Teile des tschechischen Verteidigungssystems verlorengehen, bevor andere Vorkehrungen für den militärischen Schutz getroffen sind, läßt sich nur erwidern, daß der Verlust gewisser Teile der tschechischen Verteidigungslinie allerdings unvermeidlich ist. Wenn wir warten wollten, bis die Tschechen neue Verteidigungsanlagen geschaffen haben, so würde das jahrelang dauern. Dazu liegt aber auch nicht der mindeste Anlaß vor. Der Führer hat ausdrücklich erklärt, daß jeder weitere Zugriff auf tschechisches Gebiet unterbleiben werde und daß Deutschland sogar bereit ist, die

Garantie für den Rest des tschechischen Staates

zu übernehmen, unter den bekannten Voraussetzungen, daß dem Selbstbestimmungsrecht überall Genüge geschieht. Die von der Internationalen Kommission festgelegte Grenze zwischen Deutschland und der Resttschechei aber wird eine Grenze für alle Zeiten sein.

Schließlich noch ein Wort darüber, daß die Tschechei angeblich schwere wirtschaftliche Schäden durch die Abtretung erleide. Das ist nicht wahr, denn nach Abtretung des sudetendeutschen Gebiets würde der tschechische Wirtschaftskörper einheitlicher und gesünder sein als jetzt. Aber auch alle Befürchtungen über das Schicksal der tschechischen Minderheit in dem Gebiet, das von deutschen Truppen besetzt werden soll, ist vollkommen hinfällig. Deutschland hat seine Minderheiten immer in der loyalsten Weise behandelt und wird das auch gegenüber den Tschechen im sudetendeutschen Gebiet tun. Es ist weit entfernt, ihnen das gleiche Schicksal zuteil werden zu lassen, das die Tschechen den Sudetendeutschen bereiteten.

Damit ist der deutsche Standpunkt noch einmal klar gekennzeichnet. Wir haben Anlaß zu der Vermutung, daß auch Herrn Chamberlain dieser deutsche Standpunkt zur Kenntnis gebracht worden ist.

Amerika zur Antwort des Führers

Neuyork, 28. September.

Die Antwort des Führers auf Roosevelts Telegramm findet in den Vereinigten Staaten stärksten Widerhall. Gerade die Tatsache, daß Amerikas Präsident der Empfänger dieser bedeutsamen deutschen Willenskundgebung ist, hat wesentlich zur Steigerung des Interesses der amerikanischen Oeffentlichkeit an diesem Dokument beigetragen. Wohl zum ersten Male lesen die gewöhnlich mit Sensationsnachrichten übelster Art überfütterten Bürger der Vereinigten Staaten mit wirklicher Sorgfalt eine klare Darlegung der Motive, die zur tschecho-slowakischen Staatsgründung geführt haben.

Die Zeitungen, die des Führers Antwort an hervorragender Stelle veröffentlichen, heben in fetten Schlagzeilen besonders die Ablehnung der Verantwortung Deutschlands für einen etwaigen Kriegsausbruch hervor. Allgemein wird auch betont, daß der Führer die hochherzigen Absichten Roosevelts anerkennt. In den Ueberschriften der Blätter wird ferner der Hinweis auf das von Wilson feierlich proklamierte Selbstbestimmungsrecht hervorgehoben, um das das sudetendeutsche Volk auf das schamloseste betrogen wurde.

Kabinettssitzungen in Washington

Washington, 28. September.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Roosevelt trat am Dienstag nachmittag das amerikanische Kabinett zu einer Sondersitzung zusammen, in deren Verlauf die Lage in Europa eingehend geprüft wurde.

Ungarn dankt dem Führer

Budapest, 28. September.

Die Rede des Führers hat in Ungarn eine große Reihe von Dankeserklärungen an den Reichskanzler ausgelöst. Die ungarische Revisionsliga z. B. dankt im Namen von über 2 Millionen Mitgliedern für das beständige Interesse, das der Führer und Reichskanzler dem ungarischen Schicksal entgegenbringe und dem er in seiner gewaltigen Rede Ausdruck von weltgeschichtlicher Bedeutung verliehen habe. Das gesamte Ungarntum sei dem Führer des deutschen Volkes zu tiefstem Dank verpflichtet; es sei überzeugt davon, daß mit seiner Unterstützung nicht nur dem unter tschechischer Herrschaft schmachtenden Ungarntum, sondern auch dem seit tausend Jahren mit Ungarn verbundenen slowakischen und ukrainischen Volk Gerechtigkeit widerfahren werde.

Warschaus Antwort an Prag

Warschau, 28. September.

Nach einer Mitteilung aus Warschau ist die Antwort der polnischen Regierung auf die Note der tschechischen Regierung am Dienstag 17,40 Uhr auf dem Luftwege nach Prag abgesandt worden. Die polnische Antwort enthalte einen konkreten Plan über die territoriale Lösung der polnischen Frage.

Der gegenwärtige Augenblick, so schreibt „Gazeta Polska", mache rasche, radikale und klare Entscheidungen notwendig. Eine solche Entscheidung könne nur die territoriale Abtretung sein. Die gesamte öffentliche Meinung Polens weise jegliche Versuche, die eine Verzögerung zum Ziel hätten, kategorisch zurück. Auf das in Prag überreichte konkrete Projekt der polnischen Regierung zur Lösung des Problems fordere die polnische Oeffentlichkeit eine eindeutige Antwort: Ja oder Nein.

Treuekundgebungen im ganzen Reich

Hunderttausende stehen zur deutschen Schicksalsgemeinschaft

Berlin, 28. September.

Das tiefe Herzensbedürfnis des deutschen Volkes, dem Führer unverbrüchliche Treue zu bekunden, führte auch in Hamburg am Dienstag zu einer Volkskundgebung von feierlichem Ernst. Wohl an 100 000 Menschen strömten auf dem Adolf-Hitler-Platz vor dem Rathaus zusammen. So stark war der Zustrom, daß der riesige Platz bei weitem nicht ausreichte und auch die anliegenden Straßen und Plätze von einem wogenden Menschenmeer erfüllt waren. Gauleiter Reichsstatthalter Kaufmann machte sich zum Wortführer der Hunderttausend, als er den Sinn dieser gewaltigen Volkskundgebung dahin deutete, daß ganz Deutschland entschlossen sei, das unendliche Leid unserer sudetendeutschen Volksbrüder jetzt endlich zu beenden. — Wien hat sich Dienstag mit einer gewaltigen Großkundgebung zu seinem Führer bekannt. Hunderttausende versammelten sich auf dem Heldenplatz. Nach kurzen einleitenden Worten des Gauleiters von Wien ergriff Gauleiter Bürckel das Wort. Immer wieder von tosendem Beifall und von leidenschaftlichen Kundgebungen unterbrochen, leate er die Lüge dar, auf der Herr Benesch seinen Staat aufgebaut hat, und ging dann auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ein. — In der Schlageter-Stadt Düsseldorf strömten am Dienstagabend Zehntausende zum Schloß Jägerhof, dem Sitz der Gauleitung, um in einer gewaltigen Kundgebung erneut ein einmütiges Bekenntnis zum Führer abzulegen. Vom Balkon des Schlosses sprach Gauleiter Dr. Meyer-Münster. Er erklärte, daß, wenn Herr Benesch dieses Mal nicht halte, was er versprochen habe, ihn der deutsche Sturm hinwegfegen werde. — Auch die Bevölkerung der Stadt Breslau folgte in Massen dem Rufe zur Volkskundgebung in die Jahrhunderthalle. Zehntausend Menschen hörten in Entschlossenheit und Begeisterung. — Die Gauhauptstadt Karlsruhe erlebte Dienstag abend eine gewaltige Treuekundgebung auf dem Adolf-Hitler-Platz. Die daran teilnehmenden sudetendeutschen Flüchtlinge wurden herzlich begrüßt. Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner sprach vom Rathausbalkon zu Zehntausenden. — Die Bevölkerung der alten Hansestadt Bremen bekundete Dienstag abend erneut aus tiefinnerstem Herzen in einer eindrucksvollen Massenkundgebung auf dem Domshof, an der 100 000 Volksgenossen teilnahmen, das Gelöbnis geschlossener Einsatzbereitschaft zum Führer.

In Essen sprachen Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Gauleiter Terboven zu Zehntausenden deutscher Arbeiter, um ihnen die Bedeutung der Stunde nahezubringen. — Ostpreußen, das vom Reich getrennt ist, zeigt besonderes Verständnis für den Ernst der Entscheidung, vor die Prag gestellt ist. In Königsberg zogen endlose Massen von Volksgenossen zum Gauhaus, wo Gauleiter Koch vom Fenster aus zu ihnen sprach. Hannover erlebte eine Kundgebung, bei der Reichsminister Rust vor mindestens 150 000 Volksgenossen sprach.

Indien will an keinem Krieg teilnehmen

Bombay, 28. September.

Der zur Zeit in Delhi tagende Arbeitsausschuß des Allindischen Kongresses, an dem sämtliche Führer der Kongreßpartei teilnehmen, erörtert seit Tagen die Haltung im Falle eines Weltkrieges, in den das Empire verwickelt werden könne. Die allgemeine Auffassung der Kongreßmitglieder geht dahin, daß Indien, solange es kein freies Land sei, an keinem Krieg teilnehmen könne. Eine endgültige Stellungnahme wurde noch nicht festgelegt.

Japan würde sich mit Deutschland und Italien vereinigen

Gegen die bolschewistischen Machenschaften in Europa – Eine bedeutsame Erklärung

Tokio, 28. September.

Der Sprecher des japanischen Auswärtigen Amtes erklärte am Mittwoch auf eine Anfrage zur letzten Führerrede, daß er seiner Erklärung vom 14. September zur Rede des Führers in Nürnberg nichts hinzuzufügen habe. In der tschecho-slowakischen Frage liege die Verantwortlichkeit in hohem Maße bei den Machenschaften der Komintern, die als Drahtzieher hinter der Prager Regierung stehe. In ihren verzweifelten Bemühungen, Europa zu bolschewisieren, lasse die Komintern nichts unversucht, eine friedliche Lösung des tschechischen Problems zu verhindern.

Wir Japaner, so sagte der Sprecher des Außenamtes weiter, haben bereits genug Erfahrung mit den unterirdischen Treibereien der Komintern im gegenwärtigen Chinakonflikt. Die Lage der Tschecho-Slowakei als Basis für die Umtriebe der Komintern zur Bolschewisierung Europas entspricht genau derjenigen Chinas in Ostasien, so daß wir die Pläne der Komintern in Europa genau erkennen können.

Japan ist daher nach wie vor vorbereitet, seine Kräfte mit Deutschland und Italien zum Kampf gegen die roten Machenschaften in Uebereinstimmung mit dem Geiste des Antikominternpaktes zu vereinigen.

Mit Bezug auf den Chinakonflikt erklärte der Sprecher, daß die japanische Politik gegenüber China von der Lage in Europa nicht verändert werde.

Politische Kreise erinnern in diesem Zusammenhang auch an die Erklärung des Sprechers des auswärtigen Amtes, die er am 16. September abgegeben hatte. Darin heißt es wörtlich: „Wenn die Lage es verlangt, und wenn es notwendig wird, militärische Mittel anzuwenden, so wird Japan nicht zögern, dieses zur Unterstützung im Geiste der Antikomminternallianz zu tun." Diese Erklärung wurde in der Pressekonferenz am 16. September auf Grund einer Anfrage herausgegeben, die wissen wollte, ob die Möglichkeit eines bewaffneten Eingreifens Japans wegen Sowjetrußland, England oder Frankreich aus der ersten Erklärung des Sprechers vom 14. September entnommen werden könnte.